

**Schuldenschnitt für Griechenland gefordert**

## **Grünen-Finanzexperte will zentrales EU-Finanzministerium**

**„Grüne Antworten auf die Euro-Krise“ gab am Donnerstagabend Gerhard Schick, der finanzpolitische Sprecher der Bundestagsfraktion, vor 50 Zuhörern in der Uhlandhöhe.**

Matthias Reichert

Reutlingen. Die Reutlinger Abgeordnete Beate Müller-Gemmeke forderte sozialverträgliches Sparen in Griechenland und Irland: „Die Menschen dort leiden. Man darf nicht auf dem Rücken der Ärmsten sparen. Und es muss auch investiert werden. Man darf die Volkswirtschaften nicht in die Rezession sparen.“ Gerhard Schick begann mit Ursachenforschung.

„Die Finanzkrise ist im Kern eine Schuldenkrise.“ Der Mannheimer Abgeordnete geißelte „Fehler im Krisenmanagement“ der EU und der Bundesregierung. So habe der damalige SPD-Finanzminister Peer Steinbrück 2008 eine nationale Bankenrettung durchgedrückt, um nicht für die Fehler der anderen Staaten zahlen zu müssen. Stattdessen habe Deutschland nach Irland das meiste für seine Bankenrettung aufwenden müssen. Durch eine europäische Bankenrettung wäre die explodierenden Staatsverschuldung in Irland und Spanien vermeidbar gewesen.

2010 habe die Bundesregierung Lösungen für Griechenland wegen Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen monatelang verzögert. Erst dadurch habe das Problem die jetzigen Ausmaße angenommen. Das von der EU verordnete Sparpaket habe Griechenland in eine scharfe Rezession geführt. „Die Griechen hatten den Eindruck, sie sollen bestraft werden.“ Zumal die EU für ihre Hilfspakete erst höhere Zinsen verlangt habe als nötig. Der gebürtige Hechinger angesichts der Proteste in Griechenland: „Viele Menschen dort wissen nicht, wie sie die höheren Steuern bezahlen sollen.“ Griechenland brauche einen „haushaltspolitischen Kulturwandel“ samt Schuldenschnitt.

Schick skizzierte das Dilemma der deutschen Abgeordneten. „Man weiß im Bundestag, dass das, was auf dem Tisch liegt, die Krise nicht löst. Aber wenn man es ablehnt, würde sich die Krise weiter verschärfen.“ Beim Euro-Rettungsschirm EFSF sei die parlamentarische Kontrolle nicht ausreichend. „Wir müssen schauen, dass die Demokratie nicht unter die Räder kommt.“ Die Bundesregierung sei angesichts der schwierigen Lage „nicht ehrlich zu den Menschen“ gewesen.

Die Grünen wollen die Bankenrettung nun auf europäischer Ebene organisieren. Zugleich müsse man den einzelnen Staaten „auf die Finger schauen“. Schick forderte eine Schuldenbremse und Sanktionsmechanismen bei Verstößen. Es brauche eine zentrale Entscheidungsinstanz wie ein europäisches Finanzministerium. Die Regierungen müssten die Schuldenkrise und die Bankenkrise trennen. Der Volkswirt verlangte zudem eine gemeinsame europäische Schuldenaufnahme über eine Schuldenagentur. Nur so sei zu verhindern, dass griechische, spanische, italienische, irische und

portugiesische Staatsanleihen nicht mehr nachgefragt seien, um so mehr aber deutsche, österreichische und niederländische Anleihen.

„Eigentlich haben wir keine Währungskrise.“ Doch wenn die Staatschefs keine gemeinsame Linie fänden, könne die Währungsunion auseinanderbrechen. Und es brauche nicht nur eine Schuldenbremse für Staaten, sondern auch für Banken.